

# i Fijáte!

Nachrichten •

Informationen • Berichte zu Guatemala

No. 395

10. Oktober 2007

14. Jahrgang

## Wahlen in Guatemala – haben wirklich alle gewonnen?

"Alle gewinnen" oder "Alle haben gewonnen", hiess es nach dem inhaltlich langweiligen aber von Gewalt überschatteten Wahlkampf in Guatemala. Wer wollte auch anderes behaupten, nachdem so viel Geld und leere Versprechen in den Wahlkampf gesteckt wurden? Im folgenden Text, der auf Artikeln von Andrés Cabañas und aus *Inforpress Centroamericana* Nr. 1723 basiert, geht es darum, wer *auch* noch von den Wahlen profitiert hat, unabhängig davon, wer schlussendlich Präsident wird.

### Die vermeintlichen Gewinner

Es gewann Álvaro Colom, obwohl er mit nur 28.23% der gültigen Stimme nicht im ersten Wahldurchgang den Sieg erlangte.

Es gewann Otto Pérez Molina, obwohl seine *Patriotische Partei* im Kongress nur die drittstärkste Fraktion ist, nach der *Nationalen Einheit der Hoffnung* UNE von Colom und der *Grossen Nationalen Allianz* GANA (was soviel wie „gewinnen“ heisst).

Es gewann die Regierungspartei GANA, mit ihrem überraschend auf Platz drei gelandeten Kandidaten Alejandro Giamattei. Womit es für sie ein Leichtes ist zu übersehen, dass sie nur 17.23% Stimmen erhielten. Dies ist alles andere als ein Ausdruck von Akzeptanz und Enthusiasmus seitens der WählerInnen und muss wohl eher als eine Bestrafung für ihre Regierungsführung interpretiert werden.

Es heisst gar, dass die Demokratie gewonnen habe, obwohl mit 3'621'852 Personen bloss 60.46% der stimmberechtigten BürgerInnen und 28.45% der Gesamtbevölkerung an die Urnen gingen. Álvaro Colom erzielte 926'244 Stimmen, was 15% der im Wahlregister Eingetragenen und 7% der Gesamtbevölkerung entspricht. Eine Demokratie der Unzufriedenen und Minderheiten.

### Die eigentlichen Gewinner

Wirklich gewonnen haben jedoch diejenigen, die ihren Sieg nicht an die grosse Glocke hängen: In erster Linie der guatemaltekeische Sicherheitsapparat (Militär und Polizei), der sich durch den polarisierten Sicherheitsdiskurs einer Stärkung seiner Macht und Befugnisse sicher sein kann: Durch den Ausbau der Polizei- bzw. der kombinierten Polizei-/Militärpatrouillen, durch stärkere Kontrollen und die Verhängung von Ausnahmezuständen, durch die Erhöhung des Budgets und der massiven Aufrüstung im Waffen- und Munitionsbereich.

An zweiter Stelle haben die Vereinigten Staaten gewonnen, die diskret Abwesende bei diesen Wahlen, deren strategisches Projekt in Guatemala auf gutem und immer besserem Wege zu sein scheint. Gekennzeichnet wird dieses Projekt durch:

- Die wirtschaftliche Kontrolle durch Investitionen, die Verschuldung Guatemalas und die die USA bevorzugen den Freihandelsabkommen.

- Eine extreme Schwächung des Staates und seiner Institutionen, was die Abhängigkeit US-amerikanischen Goodwill und -„Experten“ verstärkt.

- Das Aufoktroieren der Nordamerikanischen Sicherheitsagenda (Drogenhandel-, Migrations-, Terrorismusbekämpfung).

- Die Unterwerfung der guatemaltekeischen Aussenpolitik, bis hin zur Entsendung guatemaltekeischer Soldaten in den Irak und nach Afghanistan.

- Die Förderung eines Zweiparteiensystems, wobei die beiden stärksten Parteien eine quasi identische Strategie verfolgen und die revolutionäre Linke und die systemkritischen sozialen Kräfte marginalisiert bleiben. In diesem Kontext und in der aktuellen Situation hat die vermeintlich sozialdemokratische UNE viel mehr Gemeinsamkeiten mit den US-amerikanischen Demokraten als mit den europäischen Sozialdemokratien. Der fundamentale Militarismus der *Patriotischen Partei* hingegen repräsentiert die Visionen der US-Republikaner.

- Das Ende der Säkularisierung und des laizistischen Staates durch die Allianz Oligarchie/Militär/religiöser Fundamentalismus, unabhängig davon, ob dieser nun katholisch oder protestantisch ist.

Ein Guatemala, das den US-amerikanischen Interessen dient, bildet eine geographisch und politisch strategische und wichtige Grenze gegen Süden. Es unterscheidet sich vom Rest Zentralamerikas und bietet ein Gegengewicht zur erstarkten Linken in El Salvador, zur Erhaltung der (sozialen, nicht parteipolitischen) Bipolarität "revolutionär vs. reaktionär" in Nicaragua und zu den Entwicklungen in Costa Rica, das ein eigenständiges Entwicklungsmodell und einen starken Staat anstrebt und wo sich Widerstand gegen das Freihandelsabkommen mit den USA breitmacht.

### Die versteckten Gewinner

Gewonnen haben aber auch der ehemalige Präsident

Álvaro Arzú, der zum dritten Mal als Bürgermeister der Hauptstadt wiedergewählt wurde und die mächtige Unternehmergruppe García-Granados (Grupo Buena), die hinter ihm steht. Die politische Macht von Arzú ist dermassen gross, dass er mit 55% wiedergewählt wurde, obwohl man ihn während der Wahlkampagne beschuldigte, öffentliche Bauarbeiten zu Propagandazwecken zu nutzen und die knallgrüne Farbe der „Muni“ kurzerhand als die Farbe seiner Partei *Unionistas* zu deklarieren. Auch wird ihm mangelnde Transparenz bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen vorgeworfen.

Álvaro Arzú hat seine Position als Bürgermeister in den vergangenen Jahren dazu genutzt, eine „kleine Regierung“ aufzubauen, die auf lokaler Ebene die Funktionen der nationalen Regierung übernommen hat. Mit einer unionistischen Mehrheit im Stadtrat und ohne eine Opposition, die eine reale Gefahr für den Arzú-Clan bildet, ist die Möglichkeit gross, dass sein Sohn Roberto, gleichzeitig die mächtigste Figur innerhalb der *Grupo Buena*, früher oder später von seinem Vater das Bürgermeisteramt übernimmt – und es ist offensichtlich, dass er dies anstrebt.

Bürgermeister der Hauptstadt gewesen zu sein ist ein wesentlicher Schritt auf dem Weg zur Präsidentschaft in Guatemala, womit die historische Macht der Familie Arzú konsolidiert würde.

Aktuell sind acht der vierzehn Stadtratsitze von Gesinnungsgenossen Arzús besetzt, in der kommenden Regierungszeit 2008 – 2012 werden es elf sein. Mit einem Gemeindebudget von 860 Mio. Quetzales (ca. 110 Mio. US-\$) und der Mehrheit im Stadtparlament stärkt Arzú seine Position als eine Schlüsselperson im nationalen politischen Spektrum.

Sowohl Álvaro Colom wie Otto Pérez Molina versuchten für die zweite Wahlrunde eine Allianz mit ihm einzugehen, aber schliesslich entschied Arzú, dass er keinen von beiden unterstützen werde.

Wie kommt es, dass Arzú seine Machtposition aufrechterhalten kann, obwohl er nicht in der Lage war, die dringenden Probleme der Hauptstadt befriedigend anzugehen? Dazu gehört z.B. der defizitäre öffentliche Verkehr, die katastrophale Situation der mitten in der Stadt gelegenen Müllhalde, der chronische Wassermangel, und das aufgrund unzureichender Unterhaltsarbeiten des Abwassersystems in sich eingestürzte „Loch“ im San Antonio-Quartier in der Zone 6 (siehe ¡Fijáte! 380 und 381).

All dies vermag offensichtlich nicht, am Lack des Bürgermeisters zu kratzen.

Die Arzú-Dynastie ist Nachfolgerin baskischer ImmigrantInnen und spielte seit jeher eine wichtige Rolle in der politischen und wirtschaftlichen Geschichte Guatemalas. Anfang des 20. Jahrhunderts nahmen zwei Brüder der Familie Arzú-Cobos am Kampf gegen die Diktatur von Manuel Estrada Cabrera teil. Einer dieser Brüder, Manuel Cobos Batres, Onkel von Álvaro Arzú, gründete im Jahr 1920 die erste *Unionista*-Partei, während sein Neffe Álvaro seine Politkarriere als aktives Mitglied der Anfang der 60er Jahre gegründeten ultrarechten *Nationalen Befreiungsbewegung* (MLN - die „Partei der organisierten Gewalt“), begann.

1982 gewann Álvaro Arzú zum ersten Mal, damals für die *Christdemokratische Partei*, das Bürgermeisteramt der Hauptstadt, akzeptierte es aber nicht aus Protest gegen den sich durch einen Staatsstreich an die Macht geputschten Efraín Ríos Montt. Drei Jahre später, 1985, gewann er nochmals, diesmal als Kandidat eines BürgerInnenkomitees und nahm das Amt an. 1989 gründete Arzú die *Partei des Nationalen Fortschritts* (PAN) und nahm an den Präsidentschaftswahlen teil, mit dem prominenten Zuckerbaron, Industriellen und Financier Fraternal Vila als Vizepräsidentschaftskandidaten.

Der Durchbruch gelang ihm dann 1995 und im ersten Jahr seiner Präsidentschaft wurden die Friedensabkommen mit der Guerilla URNG unterzeichnet. Zu seinen engen Regierungsmitarbeitern gehörte unter anderem der auf Mitte Januar 2008 abtretende aktuelle Präsident Oscar Berger und der damalige Chef des militärischen Geheimdienstes (EMP), Marco Tulio Contreras Espinosa.

Zu erwähnen ist in diesem Zusammenhang die Entführung der Zementbaronin Olga Novella und die Ermordung von Erzbischof Juan Gerardi, beides bis heute nicht wirklich aufgeklärte Ereignisse, die während Arzús Regierungszeit „geschahen“ und in denen der Geheimdienst eine je unterschiedliche, aber wichtige Rolle spielte.

Die Soziologin und Politologin Marta Elena Casaus Arzú (!) fasst das Wirken des Arzú-Clans folgendermassen zusammen: „Ein historisch hegemonialer Block, der nie wirklich von der Macht verdrängt wurde oder abgetreten wäre, sondern der sich wiederverwertet und unter unterschiedlicher Tarnung, aber demokratisch gewählt, immer wieder in wichtige Regierungspositionen gelangt.“

Er repräsentiert eine neue Form von Unternehmern und stärkt damit die Macht der oligarchischen Familiendynastien.“ Gemäss Casaus Arzú bekommen diese Familien seit neuestem auch die Unterstützung der neupfingstlerischen, evangelikalischen Gruppen, was ihnen dazu dient, klassenunabhängige Beziehungen zu knüpfen und Hegemonie und Macht zu bewahren. Diese Verbindungen entstehen zum Teil durch familienübergreifende Heiraten, und den Traditionen entsprechend ist die Pflege dieser Kontakte vornehmlich die Aufgabe der Frauen aus dem Arzú-Clan.

Mit dem über jahrzehntelangen und sorgfältigen Weben dieser feinmaschigen politischen Struktur beweist der Arzú-Clan, dass sein politisches Projekt nicht darauf abzielt, einen Präsidentschafts-Kometen über das politische Firmament zu jagen, um danach wieder im Nichts abzutauchen, so wie andere, kurzlebige Parteien dies tun. Vielmehr geht es ihm darum, die Macht nicht nur auf der politischen, sondern auch auf der wirtschaftlichen Ebene aufrechtzuerhalten, und zu den jeweils opportunen Gelegenheiten an den richtigen Politfäden zu ziehen.

Die nächsten vier Jahre einer wohl bemerkten schwierigen Regierungszeit wird den Arzús dazu dienen, ihre Macht im Hintergrund weiter auf- und auszubauen.

Gewonnen also!

## ¡Fijáte!

**Herausgegeben von:**  
**Solidarität mit Guatemala e.V.**

**Bankverbindung:**

**Postbank Karlsruhe**

**BLZ: 660 100 75**

**Kto. -Nr.: 32 95 01-751**

**Redaktion:**

**Barbara Müller**

**Christiane Treeck**

**c-tree@gmx.net**

**Aboverwaltung:**

**Ewald Seiler**

**Rahel-Varnhagen-Str. 15**

**79100 Freiburg**

**fijate@web.de**

**Jahres-Abo: 55.- €**

**Auslands-Abo: 60.- €**

**E-Mail-Abo: 50.- €**

**Erscheinungsweise 14-täglich.**

**Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht.**

**www.guatemala.de/Fijate**

## Zwei Jahre nach *Stan* und immer wieder Regen

**Guatemala, 05. Okt.** Seit zwei Jahren leben immer noch 370 Familien in Panabaj, Santiago Atitlán, im Departement Sololá, in temporären Unterkünften unter ungebührlichen Bedingungen. Am 5. Oktober 2005 hatte ein von Hurrikan Stan ausgelöster Erdbeben das ganze Dorf unter sich begraben, 196 von 237 verschütteten Leichen sind in der Zwischenzeit geborgen worden.

Die offiziellen Berichte vom 14. September besagen zwar, dass beim landesweiten Wiederaufbau ein materieller Fortschritt von 96% zu verzeichnen ist – von den vorgesehenen 3'593 Projekten sollen somit 3'201 Projekte abgeschlossen sein, darunter Schulen, Brücken, Abwasserkanäle und Umweltsanierungsmaßnahmen. Doch allein im Departement Sololá hat die lokale Vertretung des Menschenrechtsprokurats ein Monitoring durchgeführt und festgestellt, dass tatsächlich noch die Mehrheit der Bevölkerung der damals am stärksten von den Folgen des Hurrikans betroffenen Gemeinden Santiago Atitlán, Nahualá, Santa Catarina Ixtahuacán, Panajachel und San Lucas Tolimán noch heute in den damals zur Verfügung gestellten, provisorischen Behausungen lebten, die maximal für 6 Monate zumutbar seien, aber nicht für zwei, drei Jahre, so der PDH-Vertreter Ovidio Paz. Angesichts der Situation hat die PDH jetzt eine Klage gegen den Staat aufgesetzt, da dieser gegen die Menschenrechte der betroffenen Bevölkerung verstosse und unfähig gewesen sei, sofort und effizient mit dem Bau der formalen Häuser zu reagieren, die den Geschädigten auch würdig seien. (¡Fijáte! 387)

Der Zuständige der staatlichen Wiederaufbaukommission, Eduardo Aguirre, kündigte derweil an, dass in Panabaj im November die ersten 73 Wohnhäuser übergeben werden sollen und bis Ende des Jahres 230 weitere.

Bis dahin wird wohl der diesjährige Winter dann auch vorüber sein. Nach Hurrikan Felix, der Anfang September noch über das Land zog und vor allem in den Departements im Osten des Landes Spuren hinterliess, veranlassten auch jetzt schon wieder die anhaltenden starken Regenfälle die Autoritäten dazu, in 21 Departements die orange-farbige Warnstufe auszurufen. Zahlreiche Gemeinden waren tagelang von der Aussenwelt abgeschnitten. Und in der Hauptstadt erinnerten die erneut unter Wasser stehenden Hauptverkehrsstrassen daran, dass die Regierung und Stadtverwaltung – also "Tu Muni" von Álvaro Arzú (siehe Hintergrundartikel) – in den letzten Jahren wahlstrategisch vornehmlich in sichtbare Infrastruktur investiert, aber die Instandsetzung der völlig maroden Abwasserkanalisation völlig ausser Acht gelassen hat. Vor al-

lem Wohngebiete am Stadtrand, die ohnehin nur eingeschränkt mit öffentlicher Aufmerksamkeit bedacht werden, traf der Regen hart. In der Zone 5 starben mindestens 5 Personen, ungewiss ist die Zahl der unter einem Erdbeben Verschütteten. Einige Wohnhäuser sind komplett zerstört, viele andere unbewohnbar und die Bevölkerung auf die Notunterkünfte im Stadtviertel verteilt.

Auch die AnwohnerInnen von San Antonio in der Zone 6 leben unter permanenter Sorge, denn selbst nach acht Monaten klafft immer noch das zig Meter tiefe Loch inmitten der Siedlung und immer wieder kommt es zu neuen Erdbeben, deren Grollen nicht aufhören will. Inzwischen hängt gar das ursprünglich einige Meter am Rand neben dem Krater stehende Gebäude des Busunternehmens Litegua halb in der Luft. Vierzehn Familien leben bis jetzt noch im Gefahrengebiet und die Regierung – deren Zuständige die weiteren Bauarbeiten u. a. aufgrund von Diskussionen um das richtige Füllmaterial verzögern – hat noch keinen Vorschlag zur Entschädigung der Opfer und Betroffenen vorgelegt, die am 25. Februar von dem Einsturz der Erde geschockt wurden.

Eddy Sánchez, Direktor des meteorologischen Instituts INSIVUMEH wies bereits Mitte September darauf hin, dass das Schlimmste noch komme. Denn bis

zum Ende der Regenzeit bis Ende November werden noch vier bis fünf Stürme erwartet, die sich über der Karibik formieren und sich in Hurrikans verwandeln können.

Auch in Bezug auf die vermeintlich grossartige Arbeit der Katastrophenprävention durch die entsprechende nationale Koordinationsstelle CONRED erhob das Menschenrechtsprokurat seine Kritik: Der institutionelle Vorsorge- und Reaktionsplan auf die verheerenden Folgen der Naturphänomene greife überhaupt nicht. Vielmehr führe die fehlende Ernsthaftigkeit, mit der die zuständigen Regierungsebenen den Prozess angingen, dazu, dass eine wirkliche Planung nahezu unmöglich sei, um für den Schutz und die Unversehrtheit der Bevölkerung zu sorgen, so Gustavo Ovalle. Der Leiter der Umweltabteilung der PDH erinnerte daran, dass die CONRED dazu gegründet wurde, die Gefahren im Voraus zu erkennen und vorsorgende Massnahmen zu ergreifen, doch bislang wurde sie stets erst hinterher aktiv. Selbst die lokalen CONRED-Zweigstellen würden ihre Funktion nicht erfüllen. Die eigentlich wichtigen AmtsinhaberInnen der Bürgermeistereien schickten oft, anstatt sich persönlich zu engagieren, Leute vor Ort, die über keine Entscheidungsbefugnis verfügten und die Gefahrenlage der Bevölkerung nur verschlimmerten.

## Alarmierende Zahlen: Frauenmorde

**Guatemala, 02. Okt.** Das Innenministerium gab dieser Tage wieder einmal erschreckende Zahlen bekannt: Die von der *Nationalen Zivilpolizei* (PNC) zwischen dem 1. Jan. und dem 2. Okt. registrierten 377 gewalttätigen Todesfälle von Frauen. Besonders arme und junge Frauen seien heuer besonders häufig zu Opfern geworden, besagen die Daten.

Die extreme Gewalt, die den Frauen angetan wird, entbehrt jeglicher Vorstellung. So wurden beispielsweise Ende September eine Mutter zusammen mit ihren drei Töchtern im Alter von 9, 7 und 3 Jahren erdrosselt.

Zu einem besonders gefährlichen Ort hat sich die Umgebung des mitten im Zentrum der Hauptstadt liegenden Marktes *La Terminal* in der Zone 4 entwickelt, wo sowohl Verkäuferinnen wie Passantinnen von Unbekannten angegriffen oder überfallen wurden.

Dramatisch ist der Umstand, dass im Verlauf des Jahres zahlreiche Frauen im Beisein ihrer Kinder ermordet wurden. Die emotionalen und psychischen Folgen dessen sind kaum abzuschätzen. Ganz oft sind Kinder, die zufällig in der Nähe sind, ohnehin die ersten AugenzeugInnen von Gewaltverbrechen auf

der Strasse, ohne dass die Erziehungsberechtigten, andere Erwachsene, die PolizistInnen oder Angestellten der Staatsanwaltschaft dies verhindern.

Laut der Studie "Gewaltsame Tode von Frauen, Mädchen und Jungen 2007" der Frauenkommission des Kongresses, hat die PNC gerade einmal 12 mutmassliche Verdächtige festgenommen, kein einziger Fall wurde indes bislang vor Gericht gebracht, von Verurteilungen ganz zu schweigen.

Im Rahmen der internationalen Kampagne „16 Tage gegen die geschlechtsspezifische Gewalt“ fordern Frauen- und Menschenrechtsorganisationen erneut die Einführung von Politiken, die der Gewalt gegen Frauen ein Ende setzt. Im guatemalteckischen Kongress ist zwar das Gesetz, dass den Mord an Frauen als Feminizid kategorisiert und diverse Gewalttaten endlich als straffällige Delikte deklariert, durch die zweite Lesung gekommen, doch der Verabschiedungsprozess zieht sich extrem in die Länge und frustriert die sich für das Gesetz stark machenden Organisationen angesichts des Desinteresses der Abgeordneten an der dramatischen Realität der Frauen.

## Ausschreibung von Xalalá öffentlich

**Guatemala, 02. Okt.** Seit dem 25. September läuft die Ausschreibung für den Bau des Wasserkraftwerkes Xalalá am Fluss Chixoy, zu finden ist sie im Internet und in *The Wall Street Journal*.

Dass die Bevölkerung in den von den Folgen des Kraftwerkes betroffenen Departements, allen voran die Region Ixcán im Quiché, aber auch Cobán und Alta Verapaz, seit rund drei Jahren gegen den Bau mobilisieren, scheint die transnationalen Unternehmen nicht zu beunruhigen und der Regierung egal zu sein. Firmen aus den USA, Spanien, Mexiko, Kolumbien und Brasilien haben bereits Interesse an dem Vorhaben bekundet.

Bis zum 31. März 2008 können sie ihre Angebote einreichen, am 15. Mai sollen die Verträge unterzeichnet werden. Sie sind somit Verhandlungsgegenstand der nächsten Regierung. Die Ausschreibung sieht vor, dass nach zwei Jahren der Untersuchungen, die neben der Faktibilität auch Umwelt- und soziale Verträglichkeit umfassen sollen, der Betrieb des Wasserkraftwerkes 30 Jahre auf Rechnung des Unternehmens läuft, bevor er in die Hände des Guatemalteken Energieinstituts INDE übergeht. Besorgnis erregend ist derweil, dass das später für den Bau und Betrieb der Wasserkraftanlage lizenzierte Unternehmen im Vorfeld auch für die Durchführung der vorgegebenen Studien verantwortlich sein wird. Von diesen werden dann kaum objektive, unparteiliche und glaubwürdige Ergebnisse zu erwarten sein.

Der Bau der nach dem bereits funktionierenden Kraftwerk Chixoy mit 180 MW zweitgrössten Produktionsstätte von Wasserenergie bedarf Schätzungen zufolge eine Investition von 350-400 Mio. US-\$, 80% der Gelder sollen dafür aus dem Ausland kommen, 20% aus Guatemala selbst. Als weitere Auflage nennt der Geschäftsführer des INDE, Marinus Boer, dass der produzierte Strom ausschliesslich ans INDE geliefert werden dürfe – früher war dagegen vom Export innerhalb Zentralamerikas die Rede, schliesslich gehört das Projekt zum Zentralamerikanischen Energieverbund SIEPAC und damit zum regionalen Infrastruktur-Plan *Puebla Panamá* (PPP). Schliesslich sei das ausführende Unternehmen laut Boer auch dafür zuständig, ein Auge auf die Auswirkungen des Projektes auf die benachbarten Gemeinden zu haben und, wenn nötig, für die Umsiedlung „von einigen Familien“. Ausschreibung und Vertrag beinhalten angeblich zudem Klauseln, die u. a. den Anstieg des Strompreises ausschliessen.

Die Ministerin für Energie und Minen, Carmen Urizar, weist zu allem Überfluss auch noch darauf hin, dass die Volksbefragungen in den anrainenden

Gemeinden, die im Frühjahr dieses Jahres ein deutliches NEIN zum Bau des Wasserkraftwerkes Xalalá als Resultat brachten, nicht als bindend aufgefasst würden, einen entsprechenden Entscheid hätte schliesslich das Verfassungsgericht gefällt. Vielmehr wolle man stattdessen eine Bewusstseinskampagne in der Region starten und dem Vorhaben so den Weg ebnen, schliesslich müsse der steigende Bedarf an Energie im Land gedeckt werden.

Jorge Mario Sub von der *Guatemalteken Front der Betroffenen und Bedrohten durch Staudämme und zur Verteidigung des Wassers* (FGARDA) erinnert derweil daran, dass die Volksbefragungen im Rahmen der ILO-Konvention 169 und dem Munizipalkodizes durchgeführt wurden und somit rechtens und vom Staat zu respektieren seien. Dieser müsse sich zudem vielmehr dazu verpflichten die Ökosysteme zu schützen.

Die kommunale Kommission, die sich der Nachbereitung der Volksbefragung im Ixcán annimmt, weist zudem in einem Kommuniqué darauf hin, dass die Konsultation der Bevölkerung keinerlei Ablehnung der Stromversorgung des Landes dargestellt habe, sondern die Ablehnung eines Projektes, dessen

Durchführung nachweislich schwerwiegende Schäden für die Gemeinden des Ixcán, der Region Uspantán und Cobán mit sich bringe. Denn die produktivsten Felder werden durch den Bau des Wasserkraftwerkes geflutet und sogar die Wohnhäuser und Infrastruktur unter Wasser gesetzt. Ausserdem müssten die indirekten Konsequenzen für die flussabwärts liegenden Gemeinden bedacht werden, da der Flusslauf sowie die Qualität wie Quantität des Wassers unweigerlich beeinflusst würden. Daraus folgten wiederum Beeinträchtigungen für die Ackerböden, von weiteren Umwelt- und Klimaveränderungen ganz abgesehen.

Die betroffenen Gemeinden widersetzen sich dem Projekt schlicht und einfach deswegen, weil der Staat vorschläge, ihre grundlegenden Rechte zu verletzen – ihr Recht auf Leben, auf Überleben, auf Ernährung, auf Land, auf Wohnraum, auf nachhaltige und einschliessende Entwicklung.

Die Ankündigung der Ausschreibung von Xalalá nahmen die in der FGARDA organisierten Gemeinden des Nordens und Westen des Landes zum Anlass, die Regierung dazu aufzufordern, von den rund 70 vorgesehenen Wasserkraftprojekten dieser Art generell abzusehen.

## Oscar im Wunderland?

**Guatemala, 29. Sept.** Dass Guatemalas Vergangenheit unterschiedlich betrachtet und gerade im Wahlkampf je nach Interesse ausgelegt wird, haben wir u.a. an Präsidentschaftskandidat Otto Pérez Molina gesehen. Der im Folgenden gekürzte Bericht über den Auftritt von Präsident Berger vor der UNO-Generalversammlung in der Tageszeitung *el Periódico* ist ein Beispiel dafür, dass das auch mit der Gegenwart funktioniert.

„...Am Donnerstag nutzte der Präsident von Guatemala, Oscar Berger, die Gelegenheit, sich von den UN zu verabschieden und er zog Bilanz über seine Amtszeit, die er als „eine Erfolgsgeschichte“ bewertete. In 17 Minuten übersteigerte sich unser Landesoberhaupt vor Optimismus und Zufriedenheit und rühmte dessen, was er geschafft hat: Reaktivierung und Wachstum der Wirtschaft, solide Finanzstabilität, Reduzierung der Armut, Fortschritte in Sachen Menschenrechte, weitreichende Abdeckung der Bildung, Wettbewerbsfähigkeit, Wachstum der Gesundheitsdienstleistung, Umgestaltung des Flughafens, etc.

Wir GuatemaltekenInnen, die die Übertragung dieser fröhlichen Geschichte live auf CNN gesehen haben, waren perplex. Von welchem Land redet der Mann bloss? Die „Erfolgsgeschichte“

schien eher wie ein Märchen, sehr ähnlich wie das von Alice im Wunderland. Was sonst sollte man denken, wenn Berger von finanzieller Stabilität spricht, während im letzten Jahr zwei grosse Banken zusammengebrochen sind? Glauben die GuatemaltekenInnen wirklich, dass die Armut abgenommen hat, die jetzt noch bei einer Umfrage zu den Lebensumständen einen Wert von 51% annahm, während die extreme Armut 18,8% der Bevölkerung belastet? Berger versicherte, dass es Verbesserung in Sachen Bildung und Gesundheit gegeben habe. Erinnert er sich denn nicht an die Gründe der wiederholten und langandauernden Streiks der LehrerInnen und des monatelangen Ausnahmezustandes der nationalen Krankenhäuser? Noch mehr jedoch verwundert, dass der Regierungschef vor der ganzen Welt beteuerte, dass sich in Guatemala der Respekt der Menschenrechte verbessert habe. Und die soziale Säuberung, die Todesschwadronen zugeschrieben werden, die sich in den staatlichen Sicherheitskräften eingenistet haben? Wenn das Panorama wirklich so hoffnungsvoll ist, warum hat er dann die Vereinten Nationen darum gebeten, dass sie Guatemala den Rettungsring in den Swimmingpool werfe, in dem das Land untergeht? “

## Und wieder mordet die Polizei

**Guatemala, 05. Okt.** Fünf junge Männer zwischen 17 und 21 Jahren, darunter zwei Brüder, spielten am Freitag, 21. Sept., auf der Strasse im Viertel El Gallito Fussball, als eine Polizeipatrouille mit dem Kennzeichen der Generaldirektion hielt, alle fünf wüst beschimpfend aber ohne weiteren Kommentar auf die Ladefläche des Pick-ups schaffte und mit ihnen davon fuhr. Am helllichten Tag in der Mittagszeit und vor den Augen von Familienangehörigen, NachbarInnen und sechs Soldaten. El Gallito, in der Zone 3 der Hauptstadt gelegen, ist als „das“ Drogenviertel bekannt, in dem seit einigen Jahren Betonbarrieren die Zu- und Ausfahrten einschränken und an ausgewählten Punkten das Militär Wachе schiebt. Drinnen regieren indes die Drogenbosse und ihre Banden.

Fünf Tage später wurden die fünf Männer lokalisiert. Jeweils mit dem Gnadenschuss getötet; insgesamt wurden 15 Patronenhülsen am Fundort sicher gestellt, an dem sie allem Anschein nach auch erschossen worden waren. Das GPS-Gerät jener Polizeipatrouille ermöglicht die Nachverfolgung des Wagens exakt. Vom Gallito über die Einsatzzentrale der *Schnellen Eingreifgruppe* (GAR), eine besonders ausgebildete Spezialeinheit der Polizei, deren schussichere Westen die Polizeiamten laut ZeugInnenaussagen bei der Aktion trugen, bis zum Ort am abgelegenen Boulevard Naranjo, an dem die Leichen gefunden wurden.

Die GPS-Daten einer Patrouille des Kommissariats 11, die neben einem zivilen Wagen mit verdunkelten Scheiben am Rand des Gallito-Viertels gesehen worden war, belegen auch deren Beteiligung am Geschehen. Doch lediglich die im ersten Wagen fahrenden Polizisten sind in der Zwischenzeit verhaftet worden und werden der aussergerichtlichen Hinrichtung angeklagt.

Dabei handelt es sich um zwei Mitglieder der GAR, also speziell trainierte Männer, die seit zwei Monaten zu den Bodyguards des neuen Polizeidirektors Julio Hernández Chávez gehören. Dieser hatte nach dem Skandal um den Mord an drei salvadorianischen PARLACEN-Abgeordneten und ihrem Fahrer sowie deren mutmasslichen Mördern - vier Polizisten - im Gefängnis im Februar, das Amt von Erwin Sperisen übernommen. Gemeinsam mit der neuen Innenministerin Adela de Torrebiarte hat er bereits für die Entlassung von rund 1'500 PolizeiamtInnen gesorgt, darunter auch mittlere und hohe Kader. Diesen hängen entweder bereits Gerichtsprozesse an oder sie werden zumindest mit Verbrechen in Verbindung gebracht. Da Hernández sich von den Gekündigten bedroht fühlte, beantragte er Personenschutz durch die GAR – und musste nun sein Amt schon wieder niederlegen.

Zum einen sei er als Vorgesetzter zuständig, kriminelle Machenschaften in der Institution zu unterbinden, argumentiert die Myrna Mack-Stiftung, die seine Entlassung forderte, auf der anderen Seite wolle er die Transparenz des Ermittlungsprozesses unterstützen und sich den Behörden stellen, da er nichts zu verbergen habe, so Hernández bei seinem Rücktritt.

Sicher ist, dass wahrscheinlich noch vier weitere Personen, die wohl zur GAR gehören, an dem Verbrechen beteiligt waren aber noch flüchtig sind. Und sehr bald herausgefunden worden war auch, dass die vier volljährigen der Ermordeten bereits wiederholt straffällig geworden sind, einer von ihnen war angeblich bereits 26 Mal im Gefängnis. Vermutungen zufolge gehören sie zu einer der Drogenbanden des Gallito.

So kreisen auch zwei der Hypothesen der Ermittlungen um Drogen. Laut der ersten Theorie sollen die Polizisten von einer der gegnerischen Banden als Auftragsmörder angeheuert worden sein. Dafür spräche die Tatsache, dass die Polizeipatrouille freie Zufahrt in das Stadtviertel hatte, wo die staatlichen Sicherheitskräfte für gewöhnlich mit Schüssen empfangen werden.

Die zweite Hypothese mutmasst eine ausstehende Schuld von Seiten der fünf Ermordeten bei den Polizisten oder der Weigerung der Jugendlichen, diesen einen Schutzzoll zu entrichten.

Und die dritte Theorie vermutet hinter dem Verbrechen nicht nur den Einfluss des organisierten Verbrechens, sondern Altkader der Polizei, die sich für ihre Entlassung an Hernández Chávez rächen wollten.

Auch kommt man nicht umhin, diesen erneuten Polizeiskandal als weiteren Versuch zu deuten, kurz vor den präsidentialen Stichwahlen die anhaltende Schwäche des gesamten Staatsapparates offen zu legen, während die Permanenz und Dominanz des organisierten Verbrechens die Oberhand behalten.

Schon längst ist keine Rede mehr von dem Verbleib und Prozess um den ehemaligen Innenminister Carlos Vielmann und den angeblich in der Schweiz weilenden Sperisen – oder gar von Javier Figueroa, dem ehemaligen Kriminalpolizeichef, der sich kurz nach dem PARLACEN-Fall mit seiner Familie seelenruhig nach Costa Rica aufmachte und sich seit dem nicht mehr blicken liess. Dabei waren er und der berühmt-berüchtigte Berater des Innenministeriums, Víctor Rivera, Mutmassungen zufolge zuständig erklärt worden für je eine Todeschwadron innerhalb des Ressorts. Rivera ist ohne Konsequenzen immer noch im Amt. Laut Analyst Edgar Gutiérrez in *inforpress centroamericano* besteht gar eine extreme Abhängigkeit der aktuellen Innenministerin Torrebiarte

von Rivera.

Während gegen Ex-Polizeichef Hernández Chávez Hausarrest verhängt worden ist – „unerhört“, laut der Tageszeitung *La Hora* in dem Sinne, dass gegen jemanden, der (wie Hernández) überhaupt keine Verbindungen zu höheren Sphären habe, so vorgegangen wird, während Figueroa und Sperisen erlaubt wird „das Land zu verlassen, wie ein Kötter seine Hütte“ – wurde der Plan bekannt, dass auf die zwei im Untersuchungsgefängnis sitzenden Polizisten angeblich ein Kopfgeld von je 100.000 Quetzales ausgesetzt ist. Da dahinter ein weiterer Bruder der zwei ermordeten Brüder vermutet wird, der seit Mai in diesem Gefängnis ist, wurde dieser jetzt verlegt. Eine Razzia in der Haftanstalt brachte 14 Mobiltelefone zum Vorschein, aber keine einzige Waffe.

Unterdessen gab der Vizepolizeichef bekannt, dass in den letzten Tagen 8 bis 10 PolizeiamtInnen den Dienst quittiert hätten, nähere Angaben zu deren Motiven wurden derweil nicht bekannt. Zum neuen Polizeichef wurde Isabel Mendoza Agustín ernannt, ein Polizist mit 35 Jahren Berufserfahrung. Hernández Chávez gehörte 23 Jahre der Institution an.

Als Teil der Regierungsübergabe oblag es just dieser Tage Adela Torrebiarte und Verteidigungsminister Ronaldo Cecilio Leiva, VertreterInnen der an den Stichwahlen teilnehmenden Parteien UNE und *Patriota* eine Bilanz in Sachen Sicherheit vorzulegen. Angesichts der nicht gelösten Probleme blieb die Liste der Fortschritte kurz. So dominieren die Penetration des staatlichen Gefüges durch das organisierte Verbrechen, die mangelnde Kontrolle der Jugendbanden, die fehlende Säuberung des Polizeiapparates von weiteren 300 AgentInnen und das Fehlen von Ressourcen sowie Spezialausrüstung der Streitkräfte. Nicht zu sprechen vom Drogenhandel, den ständigen Überfällen auf Busse des Personentransportes, Autodiebstahl, Geiselnahmen und Schmuggel.

Es bleibt zu hoffen, dass die Schlussfolgerung eines den Stand der Dinge resümierenden Dokumentes kurzfristig Konsequenzen für die öffentliche Sicherheit tragen wird, denn dort heisst es: „Die fast permanente Beteiligung des Militärs in Aufgaben der Sicherheit der BürgerInnen ohne eine angemessene Planung, die die Information des polizeilichen Geheimdienstes und Mechanismen ständiger Evaluierung beinhaltet, ist wenig effektiv und generiert die Wahrnehmung einer Militarisierung der Gesellschaft“. Vergleichen zufolge hat die Aussendung kombinierter Patrouillen auf die Strasse zu keiner dämmenden Auswirkung auf den anhaltenden Anstieg der Kriminalitätsraten – inklusive Mord – geführt.

## Düstere Menschenrechtssituation

**Guatemala, 27. Sept.** Angesichts der Daten aus den ersten acht Monaten des Jahres ist zu befürchten, dass die Menge an Übergriffen gegen MenschenrechtsaktivistInnen in Form von Drohungen, Einschüchterungen, Aggression bis hin zu Morden zwar wohl nicht das krasse Ausmass vom letzten Jahr erreicht, jedoch das von 2005 übersteigen wird, so informiert die *Schutz-einheit für MenschenrechtsverteidigerInnen* (UPDDH) der Nationalen Menschenrechtsbewegung in ihrem vierten Zweimonatsbericht in diesem Jahr.

Während die Angriffe auf soziale AktivistInnen in den Monaten Juli und August leicht zurückgingen, stiegen die auf politisch Engagierte an – waren es Parteimitglieder, -sprecherInnen oder KandidatInnen für die Wahlen.

In diesem Zusammenhang bemerkt die UPDDH die Schwierigkeit der Definition von Kategorien zur Unterscheidung des Aktionsraums der Betroffenen, also eine Differenzierung zwischen den VerteidigerInnen der Menschenrechte und den MenschenrechtsaktivistInnen.

Unabhängig davon unterstreicht der zivile Zusammenschluss die Dringlichkeit, alle registrierten Fälle gründlich zu untersuchen. Auch die Parteien, von denen fast alle in unterschiedlicher Form im Vorfeld - und auch noch nach den Wahlen - angegriffen worden sind, sollten sich, so die UPDDH, mit der Problematik ernsthaft auseinandersetzen, um von Vorneherein mögliche Straflosigkeit zu unterbinden.

In diesem Rahmen wurde auch der Mord an José Manuel Méndez Dardón am 17. August dieses Jahres genannt, als nicht expliziter „Menschenrechtsfall“, also Angriff auf einen Nicht-Aktivist. Er war Sohn des Menschenrechtsverteidigers Amílcar Méndez Urizar. Dieser erklärte sich in seinen ersten Aussagen den Mord mit der Unterstützung, die er und sein 28jähriger Sohn bei der Wahlkampagne des Vizepräsidentenkandidaten für die Partei *Nationale Einheit der Hoffnung* (UNE), Dr. Rafael Espada, geleistet hatten. Die vornehmlich aufgrund des internationalen Drucks dank Amílcars Bekanntheit als Menschenrechtsaktivist aufgenommenen Ermittlungen weisen indes eher auf einen Zusammenhang des Mordes mit der beruflichen Tätigkeit von Méndez. Dieser war Supervisor der LuftfahrtkontrolleurInnen auf dem Internationalen Flughafen La Aurora.

Der die Familie kennende Journalist und Autor Andreas Boueke schreibt in einem Artikel dazu: „Arbeitskollegen

vom Flughafen erzählen mir, der Generaldirektor des Flughafens habe Pepe kurz vor seinem Tod persönlich aufgefordert, seinen Platz zu räumen. Der mächtige Mann wollte ihn entlassen, nachdem er eine nächtliche Starterlaubnis für ein Flugzeug verweigert hatte, dessen Besitzer der Direktor selbst ist. Entgegen der Vorschriften ist der Funktionär trotzdem gestartet, ohne dass die Fracht ordnungsgemäß kontrolliert worden wäre. Pepe konnte sich gegen die Entlassung wehren, weil er gemäß den technischen Vorgaben entschieden hatte. Aber wenig später war er tot.

Viel mehr möchten die Arbeitskollegen nicht sagen. „Solche Angelegenheiten werden nicht öffentlich behandelt“, erklärt einer. „Es ist aber eine Tatsache, dass hier auf dem Flughafen schon einige Piloten ermordet wurden, ohne dass die Staatsanwaltschaft ernsthafte Nachforschungen angestellt hät-

te. (...)“

Drei Verdächtige sind mittlerweile festgenommen, doch aufgeklärt ist auch dieser Fall noch nicht.

Besonders konsterniert sind die Mitglieder der *Bananengewerkschaft von Izabal* (SITRABI) über den Mord an ihrem *compañero* Marco Tulio Ramírez Portela, Kultur- und Sportsekretär der Gewerkschaft und Bruder des Generalsekretärs Noé Antonio Ramírez. Wiederholt hatte die Gewerkschaft die Aufklärung einer illegalen Hausdurchsuchung des Gewerkschaftsbüros durch Militärs gefordert, die vor zwei Monaten ohne Erklärung Informationen zu Gewerkschaftsmitgliedern haben wollten. Doch die Staatsanwaltschaft hat gerade erst die Ermittlungen aufgenommen, als am 20. September Ramírez Portela auf dem Weg zur Arbeit vor den Augen seiner Frau und seiner Kinder von verummten Männern erschossen wird.

## Guatemala an dritter Stelle in LA

**Guatemala, 02. Okt.** Von 1000 Frauen, die in Guatemala ein Kind gebären, sind 114 zwischen 15 und 19 Jahren alt. Das ist die dritthöchste Rate minderjähriger Mütter in ganz Lateinamerika. So schlagen nun das *Lateinamerikanische Zentrum Gesundheit und Frau* (CELSAM) sowie zahlreiche nationale Organisationen vor, den 26. September als „Tag der Verhütung von Schwangerschaften bei Heranwachsenden“ zu deklarieren, um auf das täglich wachsende Phänomen aufmerksam zu machen.

Miriam Betancourt, Vizepräsidentin des GynäkologInnenverbandes, benennt als ein wesentliches Problem, dass gerade einmal 18% der 20jährigen Frauen irgendeine Methode der Familienplanung anwenden, der Rest läuft die Gefahr einer ungewollten Schwangerschaft, der Ansteckung sexuell übertragbarer Krankheiten bis hin zum Tod wegen Komplikationen bei der Geburt oder der Abtreibung.

Die Präsidentin der Guatemalteischen Vereinigung der Medizinerinnen, Rossana Cifuentes, weist zudem auf Zahlen hin, denen zufolge 27% der Frauen der Oberschicht vor dem 20 Lebensjahr Mütter werden, in der gesellschaftlichen Mittelschicht sind es dagegen 52% und in der Unterschicht gar 62%. Dabei unterstrich Cifuentes die Notwendigkeit von Programmen, die den Jugendlichen beider Geschlechter den

Zugang zu Bildung, Gesundheit, Information und Familienplanung im Speziellen garantieren.

Sara Ortiz, Vertreterin von CELSAM, ist es wichtig zu betonen, dass die Organisationen nicht gegen die Mutterschaft als solche sind, sondern fordern, dass die Jugendlichen und Heranwachsenden gebildet werden, damit sie den angemessenen Zeitpunkt auswählen können, um verantwortungsvolle Eltern zu sein. Doch derzeit sehen sich 68% der jungen Mütter unter 20 gezwungen, ihre Ausbildung an den Nagel zu hängen, der Grossteil von ihnen hat noch nicht einmal die Grundschule abgeschlossen.

Auch Ileana Alamilla greift das Thema der jugendlichen Schwangerschaften in ihrer Kolumne auf und appelliert, dass die Verbreitung von Informationen über die Sexuellen und Reproduktionsrechte endlich von den diversen Vorurteilen befreit werden müsste. Schliesslich könnten die Schwanger- und Elternschaften in der Jugend tragische Konsequenzen für das Leben und die Entwicklung sowohl der frühreifen Mütter als auch deren Kinder mit sich bringen und nannte den Fall von 76 Mädchen im Departement Chiquimula, die gar im Alter zwischen 10 und 14 Jahren Mütter geworden sind, bekannt wurde diese Situation laut Alamilla zwischen Januar und April dieses Jahres.